

Bundeskanzlerin Angela Merkel bezeichnet USA als unzuverlässig

BI: „Konsequenzen für die Militärbasen in Mittelfranken ziehen“ – US-Armee ignoriert Forderung von Staatsminister Marcel Huber nach mehr Transparenz

Der Vorstand der Bürgerinitiative (BI) „Etz langt' si!“ pflichtet der Bundeskanzlerin bei: Angela Merkel hatte vergangenen Sonntag in München-Trudering über die USA gesagt, diese seien „kein zuverlässiger Partner mehr“. Europa müsse nun sein „Schicksal selbst in die Hände nehmen“, so Merkel wörtlich.

Die BI fordert Konsequenzen mit Blick auf die US-Stationierung in Mittelfranken:

„Wir brauchen in der Tat mehr europäische Emanzipation von den USA. Es wird Zeit, dies konkret durch die zivile Umnutzung der Kasernen in Katterbach und Illesheim umzusetzen.“

Deutlich wird zudem, dass die US-Armee Forderungen von Staatsminister Dr. Marcel Huber ignoriert.

Dieser hatte bei einem Besuch in Illesheim im März 2017 gegenüber der Fränkischen Landeszeitung „Transparenz und nochmals Transparenz“ in Sachen Flüge der Kampfhubschrauber versprochen. Fakt ist: Das US-Militär veröffentlicht auch auf mehrmalige Nachfrage der Ansbacher Stadtverwaltung die Flugpläne nicht wie BI-Vorstandsmitglieder berichteten.

Dabei sei es für die von Lärm und Abgasen betroffene Bürger wichtig, Flugzeiten und Kompensationstage zu kennen, wie etwa die Ansbacher Oberbürgermeisterin immer wieder betonte.

Der BI-Vorsitzende Pfarrer i.R. Hansjörg Meyer hat derweil Marcel Huber geantwortet. Dieser hatte Ende April in einem Schreiben an die BI Belastungen für die Bevölkerung in Westmittelfran-

ken durch Fluglärm und Abgase relativiert.

Die Aufrüstung in Ansbach und Illesheim mit noch mehr Kampfhubschraubern diene der „Sicherheit“, so Huber.

Die BI kommentiert: „Die Präsenz von Truppen unzuverlässiger Partner erhöht die Sicherheit eben nicht. Vielmehr wurden durch die auch in der Region Ansbach trainierten US-Kriege in Afghanistan, Libyen oder dem Irak ganze Weltregionen destabilisiert und Millionen Menschen in die Flucht geschlagen. Diese Einsicht ist bei der Kanzlerin angesichts des Wahltermins im September wohl gereift. Wir sind gespannt, wann der Umdenkprozess in der CSU für ein starkes soziales und demokratisches Europa anstatt blinde transatlantische Gefolgschaft beginnt.“